

Das Sterben geht weiter

mn. Das Drama und das Sterben auf dem Mittelmeer nimmt kein Ende. Europa zieht die Grenzen in die Höhe, errichtet weitere Mauern und erschwert schutzsuchenden Menschen den Weg in die Sicherheit. Hierzulande überschlagen sich fast täglich zehntausende hasserfüllter Leserbriefe in sämtlichen Tageszeitungen, um kundzutun, dass Flüchtlinge unerwünscht seien und diejenigen, die bereits hier aufgenommen wurden, am besten wieder rausgeworfen würden.

Unglaublich wieviel kalte Herzen, wieviel Neid, Missgunst, wieviel Dummheit, wieviel Abwehr in einer humanitären Demokratie leben. Ich habe mir überlegt, wenn all diese SchweizerInnen auf Boote gepercht und ins Mittelmeer verfrachtet würden, dann gäbe es sehr viel Platz in der Schweiz. Platz für Menschen, die teilen können, die freundschaftliche Kontakte zu Nachbarn pflegen möchten. Da dies nicht möglich ist, sondern nur Ausdruck meiner hilflosen Verzweiflung ist, muss ich weiterhin mit extrem vielen schlechten Menschen zusammen leben.

Wie augenauf im Megafon schreibt, ist die koordinierte Schweizer Flüchtlingsabwehr auf nationaler und internationaler Ebene kein Zufall. Seit 2011 erarbeiteten Bund und Kantone ein Konzept für die Bekämpfung von illegaler Migration, gewerbsmässigem Menschenschmuggel und grenzüberschreitender Kriminalität, welches mit den Bedürfnissen von Geschäftsreisenden und TouristInnen nach reibungsloser Ein- und Ausreise vereinbar sein sollte. Die vom Bundesrat beauftragte Arbeitsgruppe erarbeitete einen Aktionsplan mit konkreten Massnahmen. Es entstand der Aktionsplan integrierte Grenzverwaltung (Integrated Border Management **IBM**) mit 68 operativen und strategischen Massnahmen, die 2014 vom Bundesrat und durch die Konferenz der Kantonalen Justiz- und PolizeidirektorInnen (KKJPD) abgesegnet wurden, mit der Absicht diesen Plan zwischen 2014 und 2017 umzusetzen. Wie genau dies geschehen soll, bleibt diffus.

Angesichts der globalen Flüchtlingswellen will die Schweiz effizienter gegen illegale Einwanderung vorgehen. Zu diesem Zweck bauen Bund und Kantone ein gemeinsames Analysezentrum für Migration auf. Bis im Jahr 2017 sollen in der neuen Verwaltungseinheit Ermittlungsbehörden und sämtliche in die Grenzverwaltung involvierten Akteure eng zusammen arbeiten. Neben dem Stabssekretariat für Migration (**SEM**), das die Federführung hat, sind auch die kanto-

nalen Migrationsbehörden und Polizeien, das Grenzwachtkorps, das Bundesamt für Polizei und der Nachrichtendienst des Bundes beteiligt.

Mit dem europäischen Vier-Filter-Modell,

1. Massnahmen in Drittstaaten
2. Kooperation im Schengen-Raum
3. Kooperation bei der Grenzkontrolle
4. Kooperation im Binnenraum

soll die illegale Migration und grenzüberschreitende Kriminalität abgewehrt, aber legale (erwünschte) Migration nicht gestört werden. Darum auch das zunehmende Engagement an den Schengen-Aussengrenzen und Bundesrätin Sommarugas Absichtserklärungen, noch mehr Grenzwachtkorps-Personal zur Verfügung zu stellen.

Im Aktionsplan der IBM steht, dass *„Die strategischen Leitlinien sind (...) die Konsequenz des politischen Bekenntnisses zur Zusammenarbeit der Schweiz im Sicherheitsverbund des Schengen-Raums stehen. Sie betten die schweizerische Grenzverwaltung in den Schengen-Kontext ein und stellen sicher, dass sich diese nicht bloss an nationalen Strategien, sondern auch an der strategischen und praktischen Entwicklung im Schengen-Raum orientiert und diese mitgestaltet.“*

Augenfällig wird diese neue Strategie durch die vermehrten Einsätze von GrenzwachterInnen des Grenzwachtkorps (GWK) im grenznahen Schengenraum. Aus Kompetenzgründen beteiligen sich die GrenzwachterInnen an den Frontex-Seeoperationen nur auf dem Festland. Beispielsweise auf dem Festland vorgelagerten Inseln: „Hello, I'm Daniela. I'm working for Frontex, an European agency,“ begrüsst eine junge Schweizer Grenzwachterin in einem Portrait der NZZ im Februar 2015 Boots-Flüchtlinge auf Sizilien. Während sieben Wochen arbeitete sie dort als „Debrieferin“ im Rahmen der Frontex-Mission „Triton“. Sie interviewte Bootsflüchtlinge, um an Informationen über

Schlepper zu kommen, die Frontex an nationale Ermittlungsbehörden weiterleitet.

Das neue Söldnerwesen

Das Schweizer Grenzwachtkorps **GWK** ist im Rahmen des Schengen-Dublin-Abkommens seit 2011 bei Frontex-Einsätzen in der EU, an den EU-Aussengrenzen, (Griechenland, Bulgarien, Slowenien, Kroatien, Spanien, Italien, Portugal und Deutschland) und im Mittelmeer aktiv. Sie haben unter anderem an der Frontex-Mission „Poseidon Land“ teilgenommen, die der Flüchtlingsabwehr an der griechisch-türkischen Grenze diene.

Die GWK arbeitet für und mit der Europäischen Grenzschutzagentur (**FRONTEX**) als Dokumentespezialistin und mit ZivilpolizistInnen (Civilian Police International - **CIVPOL**). Im August 2012 besuchte eine Delegation unter der Leitung des GWK-Chefs Jürg Noth das Einsatzgebiet: *„Solche Erfahrungen sind für die Lagebeurteilung und Planung wertvoll - denn so lässt sich abschätzen, wie problematisch die Lage wirklich ist und inwieweit sie sich auf den Migrationsfluss an der Schweizer Grenze auswirken könnte.“*

Geplant ist, insgesamt 28 Angehörige des GWK-Korps nach Griechenland zu entsenden. Dies zeigt, dass die Kenntnisse und Fähigkeiten der Schweizer GrenzwachterInnen in der internationalen Zusammenarbeit sehr geschätzt werden.

Frontex statt Fähren

Auch ein paar Etagen weiter oben - dem Aktionsplan Integrierte Grenzverwaltung folgend - ist die Flüchtlingsabwehr und Migrationskontrolle Dauerthema: *„Ausserdem erörtern beide Minister internationale Themen, namentlich die Migrationspolitik sowie die Situation in Nordafrika und im mittleren Osten“.* So die Medienmitteilung von Ende Mai zum Treffen von Bundesrat Didier Burkhalter (EDA) mit dem italienischen Aussenminister Paolo Gentiloni. Meistens ist es Bundesrätin Simonetta Sommaruga (EJPD), die sich alle

zwei Monate mit ihren KollegInnen aus den Innen- und Justizministerien der EU-Staaten trifft, um die Situation rund um das Mittelmeer zu beraten.

Gerne auf Reisen ist auch Mario Gattiker, ehemaliger Direktor des Bundesamtes für Migration, in seiner Rolle als Sonderbotschafter für internationale Migrationsarbeit. Der 62-jährige Walliser koordiniert die internationalen Aktivitäten des Bundes im Bereich Migration und reist dafür nicht nur an Konferenzen und zu den europäischen Partnern nach Brüssel oder Berlin, sondern verhandelt auch mit den Regierungen von Algerien, Ägypten oder Nigeria - allesamt Herkunfts- oder Transitländer von Menschen, die ihr Heil in Europa suchen und dabei sogar ihr Leben auf's Spiel setzen.

Resultat seiner Verhandlungen sind in der Regel Migrationsabkommen, die die Ausschaffung von Flüchtlingen und MigrantInnen vereinfachen. Im Fall von Nigeria auch wirtschaftliche Zugeständnisse sowie ein Polizeiaustauschprojekt, bei dem 2013 Beamte der Drogenspezialeinheit NDLEA in verschiedenen Schweizer Städten mit auf Polizei-Strassenpatrouillen gingen und einige ziemlich merkwürdige Auftritte in Asylunterkünften in der Innerschweiz und in Bern hatten.

Neben Regierung und Chefbeamten nehmen auch die ParlamentarierInnen gerne einen Augenschein vor Ort. Mitte Mai reiste eine Delegation der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates zu einem migrationspolitischen Informationsbesuch nach Tunesien und Italien. In ausführlichen Gesprächen mit tunesischen und italienischen Parlamentsmitgliedern wurden Informationen über die reale Situation in den beiden Ländern gesammelt. Die Delegation erlebte in Sizilien das Anlanden von Flüchtlingen, die das Mittelmeer überquert hatten, und konnte im Empfangszentrum Mineo (Catania) mit Überlebenden des schweren Schiffbruchs im April und mit den humanitären Helfern vor Ort sprechen.

Während andere nach einer solchen Reise unweigerlich zu Einsichten wie „Fähren statt Frontex“ oder „Visa statt Bomben“ kommen, ist von einer solchen Reaktion seitens der Nationalratsdelegation nicht zu rechnen.

Watch-the-Med-Alarmphone

Watch the Med, ein euro-afrikanisches Netzwerk von AktivistInnen, betreibt rund um die Uhr ein Alarmtelefon für Bootsflüchtlinge aus dem Mittelmeer. Die Idee: Flüchtlinge in Seenot können sich an das Netzwerk wenden, wenn entsprechende Rettungsdienste nach Notrufen untätig bleiben. Das Team alarmiert die zuständige Seenotrettungsbehörde, fordert von ihnen sofortige Rettungsaktionen ein und dokumentiert die Vorgän-

ge. So kann die Rettungspflicht europäischer Staaten gegebenenfalls eingeklagt werden.

Alarm Phone for Boatpeople in Distress at Sea: + 334 86 51 71 61

Widerstand leisten ist Pflicht

Das euroafrikanische Projekt Watch the Med - Alarmphone ist inzwischen auch mit Regionalgruppen in Bern, Zürich und Basel aktiv. Dieser Telefondienst ist kein weiteres humanitäres Anliegen, sondern ein politisches Projekt, das radikale Kritik an der europäischen repressiven Flüchtlings- und Migrationspolitik übt. Auch in der Schweiz, die zwar nicht am Mittelmeer liegt, aber trotzdem bei der europäischen Flüchtlingsabwehr eine tragende Position innehat.

2014 Jahr starben im Mittelmeer mindestens 3419 Bootsflüchtlinge bei ihrem Versuch, die bestüberwachten und militarisierten Aussengrenzen Europas zu überwinden. Das europäische Grenzregime nimmt diese Toten bewusst in Kauf.

Um das Sterben von Flüchtlingen an den EU-Aussengrenzen zu beenden gibt es letztlich nur eine sichere Option: Die Öffnung legaler und gefahrenfreier Wege für Schutzsuchende. Solange diese nicht existieren, werden Initiativen wie das Alarmtelefon eine traurige und dringende Notwendigkeit bleiben.

Jedes Jahr sind Millionen von Menschen weltweit gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen. Nur ein kleiner Teil von ihnen sucht Zuflucht in der Europäischen Union und der Schweiz. Doch die EU hat in den vergangenen Jahren immer höhere Mauern an ihren Grenzen errichtet - sichtbare und unsichtbare. Diese von der EU errichtete Festung Europa kostet Jahr für Jahr mehr Menschenleben.

Im April 2015 veröffentlichte Amnesty International (AI) einen Bericht, wie Europas Untätigkeit die Zahl der Toten steigen liess. Der Bericht dokumentiert Hintergründe der Flüchtlingskatastrophen und zeigt schonungslos auf, wie die europäische Politik mit dem Wechsel von Mare Nostrum zur Opera-



tion Triton zum drastischen Anstieg der Toten beigetragen hat. Der Bericht beruht auf zahlreichen Gesprächen mit Überlebenden der drei ersten grossen Bootskatastrophen dieses Jahres, bei denen am 22. Januar, am 8./9. Februar und am 4. März jeweils Hunderte ums Leben kamen. Weitere Gespräche wurden mit Angehörigen der Küstenwache und der involvierten Behörden geführt.

AI fordert den Schweizer Bundesrat und die EU-Regierungschefs dazu auf:

- sich an den Rettungsmassnahmen für Menschen, die im Mittelmeer in Seenot geraten, zu beteiligen;
- sichere und legale Zugangswege nach Europa zu schaffen, damit Flüchtlinge und MigrantInnen nicht gezwungen werden, auf gefährlichen Routen zu reisen;
- sicherzustellen, dass Schutzsuchende an Europas Grenzen Zugang zu einem Asylverfahren erhalten;
- bei der Einwanderungskontrolle nicht mit Transitstaaten zu kooperieren, die Menschen bereits an der Ausreise nach Europa hindern und eine fragwürdige Menschenrechtsbilanz haben.

Auch die Schweiz soll ihren finanziellen Beitrag daran leisten, dass Flüchtlinge, die in internationalen Gewässern auf dem Mittelmeer in Seenot geraten, die nötige Hilfe erhalten.

Quellen:

Wikipedia, augen auf, megafon, NZZ, Beobachter, Parlament.ch, amnesty international, Sonntagszeitung, ForumZ.

die zeitung für
klassenkampf
frauenkampf
kommunismus



aufbau 

theorie & praxis
5x im jahr

Jahresabonnement CHF 30.-
www.aufbau.org: "abo bestellen"
oder post an: aufbau, "abo"
postfach 8663, CH-8036 Zürich